

Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15.06.1999

Sitzungsort:

Ratssaal, Verwaltungsgeb. II

Sitzungsdauer:

16.30 Uhr - 18.10 Uhr

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

SPD

Beigeordnete Helga Grix - Vorsitzende -
Ratsherr Rico Mecklenburg
Ratsfrau Elfriede Meyer

CDU

Beigeordneter Helmut Bongartz
Ratsherr Uwe Hellmann

für Ratsherrn Köhler
für Ratsherrn Hegewald

Stimmberechtigte sonstige Mitglieder

Frau Diana Keller
Frau Helga Kruse
Frau Regina Meinen
Herr Wilhelm Grix

für Frau Gertrud Rehling

Nichtstimmberechtigte Mitglieder

F.D.P. (Grundmandat)

Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser

Bündnis 90/Die Grünen

(Grundmandat)

Ratsherr Hermann Züchner

für Beigeordnete Christine Schmidt-Reinders

Beratende Mitglieder

Frau Elfriede Wilts
Herr Martin Herbst
Frau Okka Fekken
Herr Tom Sprengelmeyer
Herr Uwe Willms
Herr Walter Saathoff

Von der Verwaltung

Stadtrat Ewald Fürst
Medizinaldirektor Dr. Eimo Heeren
Stadtoberinspektor Hans-H. Janssen als Protokollführer

Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15.06.1999

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlußfähigkeit

Frau Grix eröffnet die Sitzung und stellt fest, daß der Jugendhilfeausschuß beschlußfähig ist.

Punkt 2: Feststellung der Tagesordnung

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Punkt 3: Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 12) und des Sozialausschusses (Nr. 9) am 19.05.1999

Beschluß: Die Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 12) und des Sozialausschusses (Nr. 9) am 19.05.1999 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 4: Vorlage 13/901
Zuschuß zu den Betriebskosten für den Kinderhort "Rumpelkiste"

Herr Saathoff begründet den Beschlußentwurf, wonach der Verein "Rumpelkiste" e. V. einen Festbetragszuschuß für das kommende Kindergartenjahr in Höhe von 25.000,- DM erhalten solle. Der Kinderhort sei als sogenannte kleine Kindertagesstätte vom Landesjugendamt anerkannt. Die Förderung seitens des Landesjugendamtes laufe jedoch zum 01.08.1999 aus. Da gem. Beschluß des Rates der Stadt Emden an den bisherigen Standards festgehalten werden solle, wird empfohlen, nicht nur den bisherigen Landesanteil in Höhe von 13.500,- DM auszugleichen, sondern den genannten höheren Betrag zu zahlen. Damit könnten dann auch die Elternbeiträge der Einrichtung den allgemein gültigen Sätzen angepaßt werden.

Der Kinderhort "Rumpelkiste" habe zwar beantragt, das Betriebskostendefizit in Höhe von 68.000,- DM auszugleichen, hierbei sei jedoch zu berücksichtigen, daß die erforderliche Zweitkraft über BSHG-Mittel finanziert werden könne. Das Sozialamt habe eine dementsprechende Zusage signalisiert. Außerdem sei der Zuschuß bis zum Ende des nächsten Kindergartenjahres zu befristen. Grund sei die Einführung der verlässlichen Grundschule, weil in diesem Zusammenhang alle Horteinrichtungen sich neu organisieren müssen. Grundsätzlich werde eine vertragliche Regelung, wie sie bei den Kindergärten besteht, angestrebt.

Der Verein "Rumpelkiste" sei mit der vorgeschlagenen Regelung einverstanden. Auf eine Frage von Frau Meyer bezüglich der Höhe des Defizits erklärt Herr Saathoff, daß das Sozialamt die zweite Kraft durch die BSHG-Maßnahme bezahle. Daher könne der Zuschuß auf 25.000,- DM begrenzt werden. Falls es bezüglich der Einstellung der Zweitkraft Probleme gebe, sei eine Nachbesserung erforderlich.

Herr Mecklenburg befürwortet die Bezuschussung, weil dadurch die Elternbeiträge reduziert würden, und es hier somit zu einer Gleichbehandlung komme.

Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15.06.1999

Beschluß: Der Verein Rumpelkiste e. V. erhält einen Festbetragszuschuß für das kommende Kindergartenjahr (01.08.1999 - 31.07.2000) in Höhe von 25.000,-- DM

Ergebnis: einstimmig

Punkt 5: Vorlage 13/903
Anträge von Vereinen und Verbänden

Herr Sprengelmeyer erläutert die Vorlage.

Frau Grix bittet, über den Punkt 2a) gesondert abzustimmen.

Beschluß: An Vereine und Verbände werden folgende Zuschüsse gezahlt:

	Zuschuß
1) CVJM	
Betriebskostenzuschuß	14.000,-- DM
2) Internationale Begegnungen	
a) AWO/DGB Emden, 03. - 30.8.1999 in Grandcamp/Frankreich	
Zuschuß für 5 TeilnehmerInnen aus Archangelsk	1.300,-- DM
b) Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge	
v. 01. - 22.08.1999 in Lisieux/Frankreich	
Zuschuß für 10 TeilnehmerInnen aus Archangelsk	2.600,-- DM
c) Realschule Emden, September 1999,	
Gegenbesuch in Obormici, Polen,	
20 TeilnehmerInnen, 10 Tage	3.000,-- DM
d) CVJM Emden 23.07. - 06.08.1999 in	
Herbstein, Kinder aus Gori, Weißrussland,	
"Urlaub v. verstrahlten Alltag"	2.850,-- DM

Ergebnis: einstimmig

Herr Grix hat an der Abstimmung zu Punkt 2a) nicht teilgenommen.

Herr Grix weist darauf hin, daß die Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit der Stadt Emden aus dem Jahr 1989 stammen und bittet eindringlich um Überarbeitung dieser Richtlinien.

Herr Sprengelmeyer merkt an, daß der Stadtjugendring diesbezüglich einen Vorschlag erarbeiten will.

Punkt 6: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Saathoff erinnert daran, daß im Oktober 1998 der Plan für eine Erweiterung des Kindergartens Conrebbersweg auf den Weg gebracht worden sei. Nunmehr seien die Vorarbeiten abgeschlossen, und es werde in dieser Woche mit den Bauarbeiten begonnen.

Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15.06.1999

Vorlage 13/902

Die Einrichtung eines kriminalpräventiven (Kriminalität vorbeugenden) Gremiums für die Stadt Emden

Herr Sprengelmeyer teilt mit, daß der Verwaltungsvorstand beschlossen habe, Kriminalprävention einzuführen, und zwar auf der Grundlage des in der Vorlage vorgestellten Organigramms.

Danach stellt Herr Onno Santier den Modellentwurf eines kriminalpräventiven Gremiums vor. Nach seiner Darstellung sei dieser in enger Zusammenarbeit mit der Polizeiinspektion Emden, dem Sozialplaner, dem Jugendamtsleiter, dem Jugendpfleger und dem Landespräventionsrat Niedersachsen entwickelt worden. Den Vorsitz im Vorstand sollte der Oberbürgermeister der Stadt Emden übernehmen. Die Leitung der Polizeiinspektion Emden habe ebenfalls eine verbindliche Zusage zur Mitarbeit im Vorstand abgegeben. Die Hauptaufgabe des Vorstandes sei das Werben für eine gesellschaftliche Akzeptanz der Kriminalprävention sowie die Mittelbeschaffung.

In das Modell einbezogen seien des weiteren interdisziplinär zusammengesetzte Arbeitsgruppen, welche sich nach bestimmten Themenschwerpunkten bilden sollten. Die Aufgabe der Arbeitskreise bestehe in der Entwicklung kriminalpräventiver Maßnahmen und Projekte. Wichtig sei hier die Einbeziehung schon bestehender kriminalpräventiv orientierter Emdener Arbeitskreise.

Die Fachgruppe solle aus den Mitgliedern der entsprechenden Arbeitskreise gebildet werden. Hinzu komme die Sozial- und Jugendhilfeplanung, Sozialer Dienst, Jugendpfleger, Frauenbeauftragte, ein Vertreter der Sozialraumkonferenzen sowie der Präventionsbeauftragte der Polizei. Diese Fachgruppe habe die Aufgabe, ein kriminalpräventives Gesamtkonzept für die Stadt Emden zu erstellen. Am einmal jährlich stattfindenden Forum sollten sich dann alle gesellschaftlichen Gruppierungen und Personen beteiligen können, die auf dem Sachgebiet der Kriminalprävention tätig sind oder tätig werden wollen. Des weiteren könnten hier Fachvorträge sowie Diskussionsrunden sowie kriminalpräventive Aktionen vorgestellt oder durchgeführt werden.

Die Koordination des Gremiums solle durch eine/n hauptamtliche/n Mitarbeiter/in erfolgen. Aufgabe dieser Stelle sei die Unterstützung des Vorstandes, die Einrichtung der verschiedenen Arbeitskreise, die Einrichtung der Fachgruppe sowie die Organisation des Forums. Hinzu kämen die Mittelbeschaffung sowie Datenerhebungen. Als Rechtsform werde ein behördenübergreifendes Gremium ohne Satzung und Geschäftsordnung vorgeschlagen. Nach Aussage von Herrn Santier sei von einer Vereinsgründung abgesehen worden, da sich die Polizei nicht an einer Vereinsgründung und Vereinsarbeit beteiligen dürfe und wolle.

Frau Keller bemängelt das Fehlen der Jugend bezüglich der Fachgruppenvorstellung. Sie könne sich gut vorstellen, hier zum Beispiel Schulsprecher einzubinden.

Frau Fekken vermißt eine Aussage zur Verbindlichkeit in der vorgestellten Struktur. Hinsichtlich der themenorientierten Arbeitskreise müsse unbedingt ein Arbeitskreis Rechtsradikalismus gebildet werden. Zudem stellt sich die Frage, wer das ganze steuere.

Herr Bongartz ist der Meinung, daß funktionierende Präventionsräte die seien, die sich in Vereinen zusammengeschlossen hätten. Als Beispiel werde der Präventionsrat in Wittmund genannt. Vorteil eines Vereins sei die Möglichkeit der Spendensammlung. Des weiteren möchte er wissen, wieviel Geld im Haushalt der Stadt Emden für den Präventionsrat bereitgestellt werde. Die Aussage, daß die Polizei nicht an Vereinsgründungen und Vereinsarbeiten teilnehmen könne, bezweifle er. Als Beispiel nennt er die "Verkehrswacht". Herr Bon-

Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15.06.1999

gartz plädiert für die Gründung eines Vereines, da dieser von Aktivität lebe und von Leuten, die Zeit hätten.

Herr Grix bezeichnet das vorgeschlagene Modell als reine Verwaltungsorganisation. Er stellt die Frage, wer im Forum darüber entscheide, wer eingeladen werde oder nicht. Er vermisse ebenfalls eine klare Verbindlichkeit. Herr Grix fordert ebenso die Einbindung des Rates ein. Nach dem jetzigen Modell befürchte er ein Aushebeln der politischen Arbeit.

Herr Sprengelmeyer erklärt, daß nach Rücksprache mit der Polizeiinspektion Emden, und zwar den Herren Hülsmeier und Wehmhörner, eine Vereinsgründung deshalb schwierig sei, weil diese dann ggfls. nur als Privatpersonen dem Verein beitreten könnten. Des weiteren begrüßt er die demokratische Beteiligung der Bevölkerung, und es stellt sich für ihn die Frage, wie diese über den Arbeitskreis hinaus zu beteiligen sei, und wie Kinder und Jugendliche in die Arbeit eingebunden werden könnten. Dieses sei aus der Erfahrung der Vergangenheit besonders schwierig. Für ihn sei der nächste Arbeitsschritt die Bildung der Fachgruppe, die dann über die Bildung von Arbeitskreise entscheide. Die Fachgruppe verstehe er als Planungsebene. In den Arbeitskreisen werde konkrete Arbeit geleistet. Wichtig sei die Herbeiführung einer Vernetzung. Die Struktur zeige ferner auf, daß die Arbeitskreise zeitlich befristet sein könnten.

Das einmal jährlich tagende Forum sei für ihn eine Alternative zu althergebrachten Mitgliederversammlungen. Aufgrund der jetzt vorgestellten Struktur werde versucht, etwas sich Bewegendes zu installieren. Getragen werde das Ganze vom Zusammenschluß in der Fachgruppe.

Er weist ferner darauf hin, daß das vorliegende Organigramm dem Landespräventionsrat vorgestellt wurde, und dort war man sehr angetan von der Struktur. Bezüglich der Mittelbeschaffung bestünde die Möglichkeit, einen sogenannten Sponsorenpool zu bilden, um an entsprechende Geldbeträge zu kommen.

Herr Bongartz versteht das vorgestellte Modell als Mitteilungsvorlage mit Informationscharakter auf dem Weg zur Beschlußvorlage. Auf die Frage von Herrn Bongartz bezüglich der Haushaltsmittel, erklärt Herr Sprengelmeyer, daß im Haushalt der Stadt Emden für das Kalenderjahr 2000 Mittel angemeldet werden sollten. Herr Bongartz äußert die Bitte, sich mit Wittmund in Verbindung zu setzen, um die Vor- oder Nachteile eines Vereines danach neu zu erörtern.

Herr Züchner bittet um Klarstellung darüber, ob es sich um eine Vorlage bzw. eine Mitteilung über die Einrichtung eines Präventionsrates handle und ob dies ein Modellentwurf sei. Es stellt sich für ihn die Frage, ob dieser Entwurf noch weiter gestaltet werden könne.

Frau Keller möchte hinsichtlich der Beteiligung der Jugend wissen, ob die Jugendförderung schon mit der Jugend in Kontakt getreten sei.

Frau Meyer hält es für wichtig, die Politik in die Entscheidung mit einzubeziehen. Unklar ist ihr, wer die Planungsebene besetze, und wo die Entscheidungen getroffen werden.

Herr Sprengelmeyer erläutert, daß das vorliegende Modell versuche, eine langfristige Kontinuität zu entwickeln. Die Prozesse würden in den zuständigen Kreisen entwickelt. Die Themen würden von den Beteiligten vorgegeben, und die Bürgervereine würden durch die Vertreter in den Sozialraumkonferenzen beteiligt. Die Struktur werde offengehalten, so daß auch andere sich beteiligen könnten. Zuständig für das Gesamtkonzept sei die Fachgruppe, und die größte Aktion sei das jährliche Forum. Es handle sich hier um ein Entwurfmodell, welches jederzeit beeinflussbar sein müsse. Er betont nochmals, daß die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sehr schwierig sei. Es habe bereits ein Gespräch mit Schülervertretern gegeben, aber auffällig sei die Schwierigkeit der Schule, sich einzubringen.

Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15.06.1999

Eingehend auf die Fragen von Herrn Züchner und Herrn Bongartz habe er es so verstanden, daß das vorgelegte Modell noch der Politik zur Beschlußfassung vorgelegt werden soll.

Herr Fürst vertritt die Auffassung, daß die Effizienz der Vereinsarbeit im wesentlichen von einzelnen Personen abhängig sei. Wichtig scheint zu sein, wer vor Ort was händele.

Herr Grix bekräftigt, daß unbedingt etwas getan werden müsse und verweist nochmals auf das Fehlen der verbindlichen Strukturen. Die wichtigste Frage sei für ihn, was Koordination beinhalte, und wer als Koordinator fungiere.

Herr Züchner erklärt, das vorgelegte Modell erwecke den Eindruck, daß es schon "festgeklopft" sei und es somit keinen Spielraum mehr für die politische Entscheidung gebe.

Frau Fekken ist die Zielsetzung insofern unklar, wie präventiv gearbeitet werden soll, und warum Arbeitskreise sich einbringen sollen, wenn sie ohnehin ihre Arbeit machen. Nochmals erwähnt sie das Fehlen der Verbindlichkeiten.

Herr Grix ist irritiert darüber, daß der Verwaltungsvorstand bereits entschieden habe.

Herr Fürst bemerkt, daß lange in Frage stand, ob ein Präventionsrat gebildet werden soll oder nicht. Zielsetzung sei eindeutig die Reduzierung der Kriminalität. Ferner sei bereits längerfristig über die Bildung des Präventionsrates diskutiert worden.

Herr Bongartz äußert sich dahingehend, daß Kriminalität bereits immer da war, aber es müßte geprüft werden, wer eigentlich dafür verantwortlich sei. Bislang habe die Polizei lediglich repressiv arbeiten können und nicht präventiv.

Es gebe keinen Zweifel daran, daß Kriminalprävention als kommunale Aufgabe wichtig und erforderlich sei. Über die Ausgestaltung müsse man sich weitere Gedanken machen, auch z. B. ob ein hauptamtlicher Koordinator erforderlich sei.

Herr Züchner verweist auf Punkt 1 der Mitteilung, in dem zum Ausdruck gebracht werde, daß auf der Grundlage des beiliegenden Organigramms ein kriminalpräventives Gremium für die Stadt Emden eingerichtet werde. Somit laute seine Frage: Wird dieser nun eingerichtet oder nicht?

Herr Sprengelmeyer äußert hierzu, daß es erklärter Wille der Verwaltung sei, ein Kriminalpräventionsgremium einzurichten.

Herr Bongartz geht davon aus, daß aufgrund der Mitteilungsvorlage der Stand und Wille der Verwaltung zur Kenntnis genommen werde. Es müsse unverzüglich in den Fraktionen darüber diskutiert werden.

Frau Grix bittet, eine Ratsvorlage vorzubereiten.

Vorlage 13/904
Zuschüsse für die Jugendverbandsarbeit

Herr Sprengelmeyer erklärt, daß bisher im Kalenderjahr 1999 Zuschüssen nach den Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit der Stadt Emden für regelmäßig arbeitende Kinder- und Jugendgruppen in Höhe von 13.800,- DM ausgezahlt worden seien. Für das Jahr 1999 seien 69 Gruppen gemeldet worden. Bemerkenswert sei hier, daß Zuschüsse vermehrt an Vereine und weniger an Jugendgruppen gezahlt würden. In den Verbänden sei eine Fluktuation zu verzeichnen.

Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15.06.1999

Herr Dr. Beisser fragt, ob die entsprechenden Mittel beantragt werden müssen. Dieses wird von Herrn Sprengelmeyer bejaht.

Frau Meyer fragt, ob die Verwendung der Zuschüsse belegt werden müßten.

Herr Sprengelmeyer erläutert, daß die Vereine bestätigen müssen, daß kontinuierliche Gruppenarbeit geleistet werde und Gruppenleiter ausgebildet werden.

Punkt 7: Anfragen

Herr Hellmann hätte gerne eine Sachstandsmitteilung bezüglich des Bolzplatzes Constantia.

Herr Saathoff erwidert, daß dieses eine Angelegenheit der Bauverwaltung sei. Die Antwort werde über das Protokoll erfolgen.

Eine Anfrage beim Planungsamt, Herrn Tillmann, ergab, daß der Kaufvertrag zwischen HLG und Land Niedersachsen bereits geschlossen sei. Der Bauantrag wurde inzwischen gestellt. Die HLG werde nach Abstimmung mit dem Planungsamt unverzüglich mit der Herrichtung des Bolzplatzes beginnen.

Herr Mecklenburg weist in bezug auf das Projekt "Barenburg/Soziale Stadt" daraufhin, daß es wichtig sei, Jugendliche stärker einzubinden und direkt zu beteiligen. Nur so könne eine Identität erreicht werden.

Herr Sprengelmeyer ist ebenfalls der Meinung, daß es Ziel sein müsse, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu erreichen. Bei dem Förderprogramm "Soziale Stadt" gebe es verschiedene Möglichkeiten der Beteiligung.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 18.10 Uhr und dankt allen Anwesenden für ihr Interesse und ihre Mitarbeit.